

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Melamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, S. L. Dabbe,
Invalidenbank, Berlin, Bern, Frankfurt, Mag. Gersmann,
Eberhard M. Thienes, Greifswald, G. Mies, Halle a. S.,
Jul. Bock & Co. Hamburg, Joh. Neudorff, A. Steiner,
William Wittenberg, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Herr. Fischer, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.
Berlin, 1. Dezember. Das Befinden der Prinzessin Heinrich und des neugeborenen Prinzen ist andauernd gut.

Der königliche Hof legt für die vermählte Fürstin Elisabeth zur Krone auf acht Tage Trauer an.

Die „Wall Mall Gazette“ berichtet von der Verlobung des Prinzen Max von Baden mit der jüngsten Schwester der deutschen Kaiserin, der Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Der Kaiser sowohl wie der Großherzog von Baden seien dieser Verbindung sehr geneigt. Prinz Max hat, falls sein Vetter, der Erbprinz von Baden, kinderlos bleiben sollte, den nächsten Anspruch auf die Thronfolge.

Als Religionslehrer der beiden ältesten kaiserlichen Prinzen ist, wie dem „V. L.“ mitgeteilt wird, der Garnisonprediger Kehler nun ernannt worden. Prediger Kehler wird den Unterricht aber nur bis zum 1. April nächsten Jahres leisten, worauf Oberkonsistorialrat Dr. Dr. Richter die Vorbereitung der Prinzen auf ein Jahr übernehmen wird. Die Einsegnung des Kronprinzen und des Prinzen Eitel Friedrich ist alsbald gemeinschaftlich in Aussicht genommen und vorläufig auf Oktober 1898 festgesetzt. Der Kronprinz wird zu jenem Zeitpunkt sein 16. Lebensjahr beinahe vollendet haben, während Prinz Eitel Friedrich mit noch nicht vollen 15 Jahren die erste Kommunion erhalten wird.

Im Reichstage zeigte sich gestern ein neuer Regierungskommissar, der die Aufmerksamkeit des Hauses und der Tribünen auf sich lenkte. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Herr von Wissmann, dessen Rücktritt und dessen Erhebung entgegen allen Voraussetzungen noch nicht publiziert worden ist, nahm unter den Regierungsvorstreitern Platz. Wie es heißt, wird Herr von Wissmann beim Etat der Kolonien das Wort ergreifen und speziell die Position für Deutsch-Ostafrika verteidigen und erläutern.

Von Mitgliedern aus allen Parteien unterstützt hat der national-liberale Abgeordnete von Schöndorff im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die Staatsregierung aufzufordern, den Fortbildungsausschüssen — dem gewerblichen, landwirtschaftlichen, kaufmännischen und weiblichen — künftig eine höhere Beachtung, insbesondere durch vermehrte Staatsmittel zuzuwenden.

Aus Anlaß des Hinscheidens des Abg. Fürst Karl Eugen zu Fürstentum hat die national-liberale Fraktion des Reichstages telegraphisch der verwitweten Fürstin ihr herzlichstes Beileid bezeugt. In Händen der Herren Prof. v. Marquardsen und Baffermann ist dann folgende Antwort aus Nizza am Sonabend eingetroffen: „Warmen Dank für den mir so wohlthuenden Ausdruck der Theilnahme der national-liberalen Partei. Mein Mann litt darunter, die ihm so sehr lieb gewordene parlamentarische Thätigkeit entbehren zu müssen. Fürstin Fürstentum.“ Bei der Bestattung des Fürsten wird die national-liberale Fraktion durch den Abgeordneten Dr. Planckenhorn vertreten sein.

Ueber die Gehaltsverhältnisse für Beamte der Eisenbahnverwaltung erhält das „V. L.“ die nachstehenden Mittheilungen. Es sollen vom 1. April ab nach der Regierungsvorlage erhalten: Präsidenten der Eisenbahndirektionen 12 000 Mark (früher 10 000 Mark). Mitglieder der Eisenbahndirektionen 4200—7200 Mark (früher 4200—6000 Mark) in 15 Jahren. Vorfälle der Betriebs-, Maschinen-, Werkstätten-, Telegraphen-, Verkehrsinspektionen 3600—6300 Mark (früher 3600—5400 Mark) in 15 Jahren. Hauptassistenten 6000 Mark (früher 4800 Mark). Vorfälle des Rechnungsbureaus 4200 bis 5400 Mark (früher 4200—4800 Mark) in 6 Jahren. Hauptassistenten 3000—4200 Mark (früher 3000—3600 Mark) in 9 Jahren. Verkehrsinspektionen 2700—4200 Mark (früher 2700—3300 Mark) in 12 Jahren. Eisenbahnsekretäre, Maschinenrevisoren, Rechnungsschreiber, Bahningenieur 1800—4200 Mark (früher 1800—3600 Mark) in 24 Jahren. Güterexpeditionsvorsteher und Stationsassistenten 2400 bis 4200 Mark (früher 2400—3200 Mark) in 12 Jahren. Stationsvorsteher 1. Klasse 2100 bis 4200 Mark (früher 2100—3200 Mark) in 12 Jahren. Stationsvorsteher 2. Klasse, Stationsassistenten und Güterexpedienten 1800 bis 3200 Mark (früher 1800—2600 Mark) in 18 Jahren. Betriebssekretäre 1500—3000 Mark (früher 1500—2700 Mark) in 21 Jahren. Bureauassistenten, Stationsverwalter und Stationsassistenten 1500—2700 Mark (früher 1500 bis 2700 Mark) in 18 Jahren. Die Zeit, in der das Höchstgehalt erreicht wird, ist bei allen Kategorien dieselbe wie früher.

Die vom Vorstand des preussischen Städte-tages am Sonabend beschlossene Petition, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über das Dienstverkommen der Lehrer ist nunmehr den Häusern des preussischen Landtages zugegangen. Die Position bringt die nachfolgenden vier Beschlüsse zum Ausdruck:

1. Der Gesetzentwurf will die Alterszulagen aufrechterhalten und nur den Stadtgemeinden, welche einen eigenen Kreisverband bilden und ihre Volksschulen ohne Staatsbeihilfe unterhalten, das Recht geben, sich von den Alterszulagen auszuscheiden. Dies Recht müsse auch auf diejenigen Stadtkreise ausgedehnt werden, welche zwar in ihren Kreisen noch konfessionelle Schulverbände haben, deren Schulen aber ohne Staatsbeihilfe unterhalten werden, sowie überhaupt auf alle Gemeinden, welche sich auf die gesetzlichen Staatsbeiträge beschränken. Aber abgesehen davon, müsse sich der Stadtrat gegen den Grundgedanken der Zwangsaffiliation aussprechen, deren Nachteile ganz erhebliche seien: die Alters-Zulagen verlieren nicht bloß gegen Art. 24 der Verfassungsurkunde, weil sie die Gemeinden in der selbstständigen Leitung ihrer Volksschulen beeinträchtigen, sie vernichten auch jedes direkte Verhältnis zwischen den Gemeinden und ihren Lehrerpersonen. Alle bestehenden Gehaltsregulativen müßten ohne Noth einheitlich umgestaltet werden und wenn mehr als die Mindestbezüge gewährt werden sollte, trete das Einschreiten der Aufsichtsbehörde doch, wie früher, ein. Persönliche, Alters-Zulagen in kürzeren Zeiträumen, Verbesserungen des Schulwesens durch Heranziehung hervorragender Lehrkräfte u. dgl. würden erspart, kurz, die Schulverbände hätten nur zu bezahlen, alles Andere sei Sache der Aufsichtsbehörde.

2. Der Entwurf will die bisherige Gleichmäßigkeit der Staatsbeiträge für Stadt und Land beseitigen und verleiht dadurch ohne Noth gegen die geschäftliche Entwicklung des Volksschulwesens. Durch Gesetz vom 14. Juni 1888 wurde das Schulgeld aufgehoben und dafür den Gemeinden ein durch Gesetz vom 31. März 1889 noch erhöhter Staatszuschuß zu den Lehrergehältern gewährt, der jetzt den größeren Gemeinden wieder entzogen werden sollte. Das sei nicht gerecht und bei der jetzigen guten Finanzlage des Staates auch kein Bedürfnis. Der Gesetzentwurf überlasse auch, daß die Mehrzahl der Städte, bei Vermehrung ihrer Lehrstellen auch bei unverändertem Fortschritt der Staatsbeiträge in viel erheblicherem Maße steigen werden, als beim Staate, und daß letzterer zu noch ganz anderen Leistungen gezwungen sein würde, wenn die Vermehrung der Bevölkerung einmal weniger in den Städten und mehr auf dem Lande erfolgen sollte.

3. Sehr bedenklich seien die Bestimmungen über die Berechnung der Dienstzeit der Lehrerpersonen, welche weit über das vorliegende Bedürfnis hinausgingen und ohne Noth die Lehrer in der Freizügigkeit beschränkten.

4. Wenn die Unterstufung der Volksschulen durch Gesetz geregelt werden sollte, dann müsse es entsprechend dem Gesetze vom 14. Juni 1888 im Ganzen geschehen; aber so einseitig einen Theil der Materie zu nehmen, wie dies hier geschehen, führe nur zu Härten und Unzufriedenheit.

Aus den angeführten Gründen erweist der Entwurf die ernstesten Bedenken. Jedenfalls müßten aus dem Entwurf diejenigen Bestimmungen gestrichen werden, durch welche den größeren Gemeinden der gesetzlich zugesicherte Staatsbeitrag geschmälert, die Alterszulagen eingeführt und die ganze Dienstzeit der Lehrer angedrückt werden soll.

Unterzeichnet ist der Entwurf von den Oberbürgermeistern von Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Breslau, Danzig, Altona, Stettin, Königsberg, Dortmund, Magdeburg, Hannover, Kassel und Posen.

Zu dem Gesetzentwurf über den Ausgleichsfonds hat das Zentrum in der betreffenden Kommission des Abgeordnetenhauses nach der „Germania“ folgenden Antrag eingebracht:

§ 1. Der nach der Jahresrechnung für das Etatsjahr 1895—96 verbleibende Ueberschuß wird bis zur Höhe von 60 000 Mark (vollständig 60 Millionen Mark) zur Bildung eines Ausgleichsfonds verwandt. Dieser Fonds ist ausschließlich nach folgenden Grundsätzen zu verwenden. § 2. Ergiebt sich nach dem Voranschlag für den Etatsjahrsausgleich für das Jahr 1897—98 oder eines der folgenden Jahre ein Fehlbetrag, so ist bis zur Ergreifung des Ausgleichsfonds aus demselben der erforderliche Betrag zur Deckung des Fehlbetrages in den Voranschlag des Etats einzustellen. Soweit der in diesem Zweck in den Voranschlag eingestellte Betrag nach der allgemeinen Rechnung zur Deckung des Gleichgewichts der Rechnung nicht notwendig ist, fließt derselbe in den Ausgleichsfonds zurück. § 3. Ergiebt die allgemeine Rechnung für das Etatsjahr 1897—98 oder eines der folgenden Jahre einen Fehlbetrag, welcher im Voranschlag dieses Etatsjahres nicht vorgesehen war, so ist zur Deckung desselben der erforderliche Betrag aus dem Ausgleichsfonds bis zur Erschöpfung desselben zu entnehmen. § 4. Die aufkommenden Zinsen wachen demselben zu, bis er die Höhe von 80 Millionen Mark erreicht. Die überschüssigen Beträge an Zinsen sind in den Etat des folgenden Jahres als Einnahme einzustellen. § 5. Der Ausgleichsfonds wird der Staatsverwaltung unterstellt. Die Bestände des Fonds sind in Schulverschreibungen des Reichs oder der Bundesstaaten anzulegen. § 6. Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds sind in einer Anlage zur Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben jedes Etatsjahres nachzuweisen. Derselben unterliegen der Prüfung durch die Oberrechnungskammer.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt einen Artikel über die Justiznovelle wie folgt:

„Da nicht anzunehmen ist, daß der Reichstag in seiner Mehrheit die Absicht haben sollte, gerade die Reformen des Justizwesens — Wiedereinführung der Berufung und Entscheidung unschuldig Verurtheilter — zu Falle zu bringen, welche, einem in weiten Kreisen der Nation verbreiteten Wunsch entsprechend, sie selbst verlangt hatte, und da es ferner kaum die Absicht der Reichstagsmehrheit sein kann, die aus diesen Reformen sich für den Strafprozeß und die Gerichtsverfahrunge ergebenden Konsequenzen nicht ziehen zu wollen, und es endlich unmöglich erscheint, daß eine Reichstagsmehrheit entschlossen wäre, die Straffälligkeit des Verbrechens (1) dadurch zu statuieren, daß man die Verurtheilung des Verbrechens an unerfüllbare Strafen bindet (2), so darf man an allen diesen Forderungen gewiß vertrauen, daß bei der dritten Lesung dieser Vorlage die Justiz die entscheidende Stimme nicht wieder haben werden, die sie bei der zweiten hatten. Andererseits würde ein sehr unerwünschter Defizit in dem Scheitern dieser, nach Jahre langer Vorarbeit fast bis an das Ziel geführten Reform zu beklagen sein und die vordringende Gesetzgebung anderer Vorlagen, z. B. der Militärstrafprozessordnung, eine kaum sehr aussichtsreiche Perspektive sich eröffnen.“

Dazu bemerkt die „Nat.-Ztg.“:

Die letztere Andeutung kann als völlig willkürlich, haltlos und herausfordernd nur ebenso entschieden zurückgewiesen werden, wie es im Reichstag seitens des Abg. von Cuny geschehen ist, als Herr von Bülow sich mit ihr vorwagte; bei der Justiznovelle handelt es sich um bestrittene Abänderungsvorschläge betreffs des im Ganzen wohlgeordneten Zivil-Gerichtsverfahrens — bei der Militärstrafprozessordnung aber um die unbedingt notwendige Reform eines unhaltbaren Zustandes.“

Während in früheren Jahren neben den Mitteln zur Erweiterung des Staatsbahnnetzes auch der Bedarf zur Erweiterung und Vermehrung der Bauanlagen und zur Vermehrung des

rollenden Materials, welche durch die Steigerung des Verkehrs auf den bereits im Betriebe befindlichen Bahnhöfen bedingt wird, im Wege der Anleihe beschafft wurde, werden die Ausgaben für die festbedachten Zweite bekanntlich seit einer Reihe von Jahren in das Extraordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung eingestellt. In Folge dessen steigt der Betrag dieses Extraordinariums mit dem steigenden Verkehr und absorbiert alsdann einen größeren Theil des Ueberschusses der Eisenbahneinnahmen über die dauernden Ausgaben dieser Verwaltung. Das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung war in dem Staatshaushaltsetat für 1895/96 mit 29 Millionen Mark dotirt, für 1896/97 sind 40,6 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung bewilligt, mithin über 11 1/2 Millionen Mark mehr. Bei einem Eisenbahnuüberschuß von rund 410 Millionen Mark wurden daher etwas über 7% zur Verteilung der einmaligen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung in Anspruch genommen. Obwohl der Eisenbahnuüberschuß in dem Etat des laufenden Jahres um rund 28 Millionen Mark höher veranschlagt ist, als in dem Vorjahre, bedarf es mehr als 9%, derselben zur Deckung der einmaligen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung. Man wird mit Sicherheit darauf rechnen können, daß, wie in dem nächstjährigen Etat der Eisenbahneinnahmen in erheblich höherem Betrage, als im laufenden Jahre einzustellen sein wird, auch das Extraordinarium entsprechend den Bedürfnissen des steigenden Verkehrs noch verhältnismäßig höher dotirt sein wird, als mit 40,6 Millionen, wie in dem laufenden Jahre, und daß auch der Prozentsatz der Ueberschussnahme des Ueberschusses zur Deckung der einmaligen Ausgaben sich noch weiter erhöhen wird. So liegt jetzt in dem mit dem Verkehr noch über die Steigerung der Einnahmen steigenden Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung eine gewisse Schutzwehr gegen eine allzu starke Vermehrung der dauernden Ausgaben des Staates zu Lasten des Eisenbahnuüberschusses. War daher die Ueberschussnahme der Ausgaben für die durch den steigenden Verkehr bedingte Erweiterung und Vermehrung der baulichen Anlagen und Vermehrung des rollenden Materials der im Betrieb befindlichen Bahnen als Mittel zur Verminderung allzu großen Anwachsendes der Staatschuld gedacht, so bewährt sie sich jetzt auch als Schutzmittel gegen eine allzu starke Vermehrung der dauernden Ausgaben des Staates.

Kassel, 30. November. Der Kommunal-Landtag genehmigte die Unterstufung der Kleinbahn Schmalldalen-Brötterode unter besonderen Bedingungen.

Stuttgart, 30. November. Dem Landtag ging eine Denkschrift über die Kostenübernahme bei dem Eisenbahnbau Ulm-Burgstall, die bekanntlich ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium veranlaßt, zu. Darnach sind die Ueberschüsse, 600 000 Mark betragend, auf ungenügende Unterhaltung des moorigen Terrains und diese wiederum auf Ueberschuldung der betreffenden Beamten zurückzuführen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 30. November. Die liberale Minorität des Gemeinderaths beschloß, an den ferneren Sitzungen des Gemeinderaths nicht theilzunehmen, sondern in Zukunft nur von Fall zu Fall zu erscheinen.

Frankreich.

Paris, 30. November. Heute fand in der Kirche St. Philippe du Mont die Trauerfeier für den bairischen Grafen Grafen von Moltke statt. Der Minister des Aeußeren, Graf von Duma, der deutsche Botschafter Graf Münster und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, ferner Prinz Waldemar von Dänemark und der Herzog von Chartres wohnten der Feierlichkeit bei, zu welcher Präsident Faure und sämtliche Minister Vertreter entsandt hatten. Die Leiche wird nach Dänemark überführt.

Italien.

Rom, 30. November. Deputiertenkammer. Der Deputierte D'Annunzio, ehemaliger Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, entwickelte eine Interpellation, in welcher er den Minister ansprach, die Absichten der Regierung hinsichtlich der erprobten Kolonie kennen zu lernen. Der Redner billigte den zwischen Italien und Abyssinien abgeschlossenen Frieden. In Zukunft müge man mit dem festen und löblichen Vorhaben vorgehen, sich nichts mehr in Abyssinien zu schaffen zu machen. Man müsse demnach den Theil des Gebietes, welcher Italien nichts nütze, gegen ein entsprechendes Zugeständnis an Abyssinien abtreten. Die Ehre der italienischen Fahne sei niemals so hoch gehalten gewesen als in den erbitterten Kämpfen von Dogali bis Kassala; möge dieselben zu Gunsten oder Ungunsten Italiens ausgefallen sein. Der Deputierte Agnini verlangt im Namen der Sozialisten den Rückzug aus Afrika. Nachdem noch mehrere Abgeordnete ihr Verlangen nach Aufklärungen der Regierung betreffs der erprobten Kolonie ausgesprochen hatten, wurde die Sitzung aufgehoben.

England.

London, 30. November. Auf Wunsch des Ministers des Innern untersuchte Dr. Broadbent Jamesons Zustand. Er gab das Urtheil ab, daß eine weitere Haft die Genesung Jamesons verhindern würde. Die Freilassung des Letzteren ist mithin baldigst zu gewärtigen.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. November. Sonabend früh starb in Paris (wie drahtlich gemeldet worden ist) Dänemarks langjähriger dortiger Gesandter Graf Leon Moltke-Wittfeld. Er hat eine schnelle diplomatische Laufbahn hinter sich. Am 23. April 1829 in Paris geboren, trat er gleich nach Beendigung seiner Studien in Dänemark in den auswärtigen Dienst, wurde 1852 Attaché der damaligen dänischen Gesandtschaft am belgischen und holländischen Hof, der seinen Hauptstift in Brüssel hatte, und 1856, erst 27 Jahre alt, Gesandter in Madrid und Lissabon. Graf Moltke-Wittfeld war eine vortreffliche Erscheinung und kam bald in den Kreis der jungen Hofleute, mit denen sich die Königin Johanna zu umgeben liebte. Daß Dänemark später einen so günstigen Handelsvertrag mit Spanien abschließen konnte,

wird dem großen Einfluß des jungen Grafen auf die Königin Johanna zugeschrieben. Nach Paris wurde Graf Moltke-Wittfeld 1859 versetzt. Er war hier der älteste Diplomat, und wenn auch der päpstliche Nuntius als Doyen antrat, so hatte Graf Moltke-Wittfelds Wort bei schwierigen Geketzfragen doch ein entscheidendes Gewicht. Viel reden von sich machte er 1870 gelegentlich der Belagerung von Paris, wo er blieb, während die übrigen Diplomaten die Stadt verlassen hatten. Ursache dazu war, wie behauptet wird, daß das dänische Ministerium des Aeußeren mit der Antwort auf Graf Moltke-Wittfelds Frage, ob er reisen solle oder nicht, zu lange wartete. In der Pariser Gesellschaft spielte der auf strengste Etikette haltende Botschafter eine angesehene Rolle, besonders als er sich mit der Komtesse Maria Seebach, einer Enkelin des russischen Kanzlers Nesselrode, verheiratete und zur katholischen Kirche übertrat. Das Stammhaus und der große Grundbesitz in Dänemark geht jetzt auf den ältesten Sohn, den Legationssekretär Grafen Adam Moltke-Wittfeld über. Als Nachfolger des Verstorbenen auf dem Pariser Posten wird der dänische Gesandte in Stockholm, Kammerherr Hegermann-Indenrode, genannt.

Zum Hafenarbeiterstreik.

In den Vordergrund des öffentlichen Interesses ist der Hafenarbeiterstreik getreten, dessen Zentrum Hamburg geworden, dessen Konsequenzen aber für den gesamten deutschen Handel und für große Volksschichten verhängnisvoll werden können, wenn es nicht möglich werden sollte, bald und friedlich eine Beilegung der schwebenden Differenzen herbeizuführen. Diese friedliche Einigung in die Wege zu leiten, wird jetzt von beiderseits Seite versucht. Ein gestern an den Vorsitzenden des Arbeitervereins, Vaeß, und an den Reichstags-Abgeordneten v. Elm gerichteter Schreiben lautet:

„Im Dienste des öffentlichen Friedens unserer Stadt und zwar zur Verhütung schwerer Unglücks ereignete sich die Unterzeichnung zu dem Verträge, die zu weitgehenden Arbeitseinstellungen gebräuchlichen Lohnbefreiungen auf dem Gebiete der Hafenarbeiten durch schiedsamliche Vermittelung beiderseits. Der Vorstoß geht auf Einleitung eines Schiedsamtes, das außer den Unterzeichneten aus einer von den Arbeitgebern zu bezeichnenden Persönlichkeit und aus 4 von den Arbeitnehmern zu erwählenden Mitgliedern, demnach im Ganzen aus 8 Personen zu bestehen und seine endgültigen Beschlüsse mit einer Mehrheit von mindestens 6 Stimmen zu fassen hätte. Die so eventuell zu Stande kommenden Beschlüsse müßten im Voraus als von allen Beteiligten verbindlich anerkannt sein. Die Unterzeichneten betonen ausdrücklich, daß sie diesen Vorstoß lediglich aus eigenem Antriebe und ohne über den streitenden mit der einen oder der anderen Partei in Fühlung getreten zu sein, der weiteren Entscheidung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterbreiten. Hamburg, 29. November. Senator Dr. Voßmann, Präsident der Bürgerchaft, Egmund Hinrichsen, Vorsitzender des Gewerbegerichts, Dr. Noack.“

Ueber die Situation in Hamburg wird Weiteres telegraphisch gemeldet: Der Zug auswärtiger Arbeiter mehrte sich mit jedem Tage; die Direktion der Hamburg-Amerikanischen Packfahrt-Aktiengesellschaft hat ihren größten Dampfer „Adria“, welcher Sonntag von Baltimore auf der Elbe ankam und wegen des Ausstandes angewiesen wurde, zur Entladung nach Nordenham zu gehen, bereits gestern Mittag nach hier zurückversetzt, weil inzwischen der Zugang von fremden Arbeitern ein so großer gewesen ist, daß die Hamburg-Amerika Linie die Entladung des Schiffes sehr wohl hier vornehmen lassen kann. — Die Maschinen der Dampfer- und Schleppdampfer haben gestern Mittag ein Uhr einen weitestgehenden Lohnstreik an die Komtoire verhandelt und hingeworfen, die Arbeitgeber müßten sich bis Nachmittag vier Uhr entziehen; sollte der Tarif am Dienstag, 1. Dezember, nicht bewilligt sein, würde die Arbeit eingestellt werden. Dagegen bemerkt der „Hamburgische Korrespondent“:

Die Frist von drei Stunden, der Umfang der Nachforderungen und der Ton des Schriftstückes werden zur Folge haben, daß eine Antwort überhaupt nicht erteilt wird.“ — In einer von etwa 3000 ausländischen Ewerführern besuchten Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Staats-quarantäne der Dampfer gestrichelt hätten, sofort die Arbeit einzustellen, sobald die Anforderung an sie gestellt werde, Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packfahrt-Aktiengesellschaft zu lösen oder zu beladen. Gestern Abend sollte eine Versammlung von oberleitenden Schiffen stattfinden, um der Frage näher zu treten, ob sie sich am Streik betheiligen wollen. Diejenigen Streikenden, welche im Besitz eines Zweirades sind, werden aufgefordert, sich dem Komitee zur Verfügung zu stellen, da die zur Zeit disponiblen 16 radfahrenden Kurier einer Verpfändung bedürfen. Ein Schleppdampfer ist vom Streik-Komitee gedankt worden zum Zwecke besserer Agitation und Verbreitung von Flugblättern im Hafen. Ein Dampfermeister hat dem Untersuchungskomitee 100 Karren für je ein Brod zur Vertheilung an bedürftige Streikende gegeben. Von den streikenden Ewerführern ist die Resolution gefaßt worden, im Falle eines eintretenden Schneesturms keine Arbeit zur Fortschaffung des Schnees anzunehmen. Der Dampfer „Ellen Wilmers“, welcher gestern Abend in Hamburg zu erwarten war, bringt eine größere Anzahl Arbeiter aus England mit. Der Dampfer „Minerva“ hat Mittags fünfzig Arbeiter aus Dänemark mitgebracht, welche bis auf Weiteres noch an Bord dieses Schiffes bleiben. Gestern sah man in den Straßen verschiedene Trupps fremder Arbeiter, meistens Polen, welche hier zugereist sind, um Arbeit zu suchen; alle erkundigten sich nach dem Wege zum Hafen. Für das Kohlengeschäft von A. B. Sidmann sind 30 Arbeiter per Dampfer von Brunsbüttel eingetroffen, sie wurden durch die Polizei nach den Arbeitsstätten geleitet. Da die alten Arbeiter, welche, wie bereits berichtet, theilweise schon viele Jahre dort gearbeitet haben, nicht zum bestimmten Termin zur Arbeit zurückkehrten, sind solche endgültig entlassen worden. Der Vorsitzende des Vereins der Hamburger Quartierleute von 1886 hat, der Lohnkommission der Speicherarbeiter mitgeteilt, daß der Verein nicht in der Lage ist, den Lohnsatz anzunehmen,

auch die jetzigen Verhältnisse nicht gestatten, mit der Lohnkommission in Unterhandlung zu treten. Die Segelmacher in Hamburg-Altona haben zu dem Streike der Hafenarbeiter und Seelen ebenfalls Stellung genommen. Sonnabend fand zu diesem Zwecke eine Versammlung statt, worin ebenfalls beschlossen wurde, daß die Segelmacher sich verpflichten wollen, keine Mastenarbeiten zu verrichten und keine Segel um und abzuwickeln, sowie sich nicht als Segelmacher oder Masten resp. Heizer oder Trimmer auf Schiffen anmuthen zu lassen, bis die Arbeitseinstellungen der Seelen ihr Ende erreicht haben. Die Versammlung erklärte sich mit den ausländischen Hafenarbeitern und Seelen solidarisch und verpflichtet, denselben mit allen geistlich erlaubten moralischen und materiellen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Im Bureau der vereinigten Stauer ist die Frage nach Beschäftigung sehr groß, je mehr Leute am Plage die Arbeit niederlegen, desto mehr kommen vom Binnenlande nach hier angereist. Viele der ausländischen Schauerleute haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen, manche der Ausländer scheuen sich, da sie beim Beginn des Lohnstreikes die Thätigkeit einstellen, jetzt bei ihrem Stauer vorstellig zu werden. Die Frauen der Betreffenden haben sich darauf in das Bureau der vereinigten Stauer begeben, worauf die Männer wieder aufgenommen sind.

Gestern Nachmittag kam es in Altona gelegentlich einer Versammlung von Frauen ausländischer Arbeiter zu stürmischen Szenen. Viele Frauen, welche nicht mehr in den bereits überfüllten Saal gelangen konnten, verurtheilten die Ausständigen. Die Polizei aus Hamburg und Altona mußte mit blanker Waffe eingreifen.

In Harburg dauert der Ausstand der Hafenarbeiter und Ewerführer unverändert fort. Am Hafen wird nur wenig gearbeitet, einige Fabrikanten hatten vorgesehene mehrere ihrer Arbeiter zum Löschen an den Hafen geschickt. Auch nach Hamburg fuhrten mehrere Fabrikarbeiter, um daselbst wahrscheinlich für ihre Fabrikherren Löscharbeiten zu verrichten. Was zu erwarten war und was sich die Ausständigen bei Proklamierung des Ausstandes vielleicht nicht genügend überlegt haben, ist jetzt eingetreten. Auf der Koch'schen Delfabrik und auch auf der Thoen'schen Delfabrik in Harburg soll es an Rohstoffen mangeln, so daß bereits Sonntag eine Anzahl von Arbeitern entlassen werden mußte.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. Dezember. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsferien bald zu beginnen, damit die Packmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenlagern, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappfalten, schwache Schachteln, Zigarettentuben u. dgl. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gefügt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest angeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeits, Fett, Blut u. dgl. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsortes muß stets richtig und deutlich gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendfalls also den Frankobetrag, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Gütebestimmung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Stadtbezirk des Postbezirks (C., W., S., u. s. w.) anzugeben. Zur Verhütung des Verlustes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt ausgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thöricht zu vermeiden.

In Ausführung einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. März d. J. betreffend den Betrieb von Väckereien und Konditorien bringt der Herr Polizeipräsident zur Kenntniß, daß unbeschadet der Befugnis der Arbeitgeber, an zehn Tagen des laufenden Jahres Ueberarbeit eintreten zu lassen, für die Zeit vom 3. bis 23. Dezember Ueberarbeit an zehn weiteren Tagen zulässig sei. Die Auswahl der Tage bleibt den Arbeitgebern überlassen. Jeder Tag der Ueberarbeit ist auf der Kalenderkarte mittels Durchstichung oder Durchstreichung mit Tinte kenntlich zu machen.

Die durch den Bau der Kleinbahn Stettin-Jasentz bedingte theilweise Sperrung der Apfelfahrt vom 3. Dezember ab wieder aufgehoben.

Commercielle Hypotheken-Aktien-Bank. Die am 2. Januar nächsten Jahres fälligen Pfandbrief-Koupons werden bereits vom 15. Dezember dieses Jahres ab eingelöst.

Medenburg's Strelische Hypothekenbank. Die am 2. Januar nächsten Jahres fälligen Pfandbrief-Koupons werden bereits vom 15. Dezember dieses Jahres ab eingelöst.

In Kiel, wo Karl Löwe seine letzten Lebensjahre zugebracht, fand gestern am hundertjährigen Geburtstag des Landrathes unter Theilnahme zahlreicher Verehrer im Diercksbocker Walde die feierliche Enthüllung des Löwe-Denkmal statt. Professor Niemeyer hielt die Weiherede; Oberbürgermeister Fuß übernahm das Denkmal. Löwe's einzige Tochter und eine Enkelin desselben waren erschienen. Prinz Heinrich ließ sich durch den Konteradmiral Freiherrn von Seckendorff vertreten.

Der Verband der pommer'schen Ojseebäder theilt mit, daß in der am 28. November c. in Stettin stattgehabten General-Versammlung die Disfidebanz Subm., Karlshagen und Roserow, sowie die Swinemün-

der Dampfschiffahrts-Aktien-Gesellschaft als neue Mitglieder aufgenommen worden sind. Die Veranstaltung unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Wegener, Gemeindevorsteher, verlief sehr anmuthig, für die diesjährige Geschäftsabrechnung wurde Entlastung erteilt, ebenso weitgehend, wie interessante neue Mittel, die die Schiffe immer weiteren Kreisen bekannt zu machen, sind unter konstanter Bewilligung der erforderlichen Mittel, welches zum Beschluß gebracht worden und der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren: Bürgermeister Wegener, Gemeindevorsteher, Oberleutnant z. D. von Treu-Misdrohn, Abgeordneter Stadtrat Dr. Braemlich-Stettin und Baderdirektor Simon-Berlin, ist einstimmig wiedergewählt worden. Herr Geheimrat Kommerzienrat Dr. Deibitz-Springhof, welcher der Veranstaltung bis zum Schluß beizuwohnte, sprach dem Vorstande für seine umsichtige, sparsame und vorwärtsstrebende Verwaltung den Dank der Versammlung aus. Der Besuch der bisherigen 16 Verbandsmitglieder betrug in diesem Jahre ohne Passanten 76 954 Besuche.

* Die Reihe der hier in der Abendhalle unter Leitung des Direktors der Berliner „Urania“, Herrn Dr. M. W. Meyer, veranstalteten populär-wissenschaftlichen Vorführungen wurde gestern ebenfalls vor einem zahlreichen Publikum mit einem Vortrage über das Thema „Eine Amerikafahrt“ fortgesetzt. Von der Entdeckungsfahrt des Christoph Columbus ausgehend, ließ der Vortragende, Herr Karl Bergmann, die Zuhörer eine Ozeanfahrt mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd unternehmen, wobei wiederum in einer Reihe von Lichtbildern Ansichten von der ersten wie von der modernen Amerikafahrt vorgeführt wurden. Lebhafter Beifall wurde dem Vortragenden am Schluß seiner interessanten Ausführungen spendet.

* In der Zeit vom 22. bis 23. November sind hierseits 28 männliche und 32 weibliche, in Summa 60 Personen polizeilich verstorben gemeldet, darunter 20 Kinder unter 5 und 15 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 5 an Krämpfen und Krampfschmerzen, 3 an Gehirnkrankheiten, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an fieberhaftem Fieber und Grippe, je 1 an Lebensschwäche, Durchfall, Bräune, Eitervergiftung, Schwindel, Krebskrankheit, entzündlicher Krankheit sowie 1 in Folge eines Unfalls. Von den Erwachsenen starben 11 an Schwindel, 6 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 4 an organischen Herzkrankheiten, 3 an Gehirnkrankheiten, 3 an entzündlichen Krankheiten, 3 an Altersschwäche, 2 an Diphtherie, 2 an chronischen Krankheiten, 2 an Krebskrankheiten, 1 an Scharlach, 1 an Delirium tremens und 1 an Schlagfluß.

— Ueber den neuen Konzertsaal Bellevue, welcher am Freitag durch eine größere Festlichkeit seiner Bestimmung übergeben wird, gehen uns aus dem Bureau des Bellevue-Theaters folgende Mittheilungen zu: Der Saal übertrifft in seiner Ausstattung und seinen Dimensionen alle derartigen hiesigen Stabliements. Der Saal, welcher nach den Plänen und unter der Oberleitung des rühmlichst bekannten Architekten W. D. Zimmermann erbaut ist, hat eine Länge von 27 Meter, eine Breite von 15 Meter und ist 12 Meter hoch. Außerdem befindet sich über dem Eingange ein Balkon von 15 Meter Länge und 8 Meter Breite. Die dekorative Ausstattung stieferten die Firmen: Köhn u. Winkler, Material in neu-englischer Stil, Professor Wirtz aus Berlin (Gemälde am Orchester), Portieren und Vorhänge von Dienemann u. Co., draperiert von H. Scheiber. Der Saal hat eigenen Stabkuboden. Die Paneele und sonstigen Tischarbeiten stammen aus der Werkstatt von Hermann Badewig. Die Beleuchtung geschieht durch 8 Wogenlampen und 50 Glühlampen (Anlage von den Stettiner Elektricitätswerken). Die Heizungsanlage ist von E. Simon (Schmidt Nachf.) hergestellt. Das Orchester, welches, wie auch der Saal, mit reichem figuralen Schmuck aus dem Atelier von A. Dini hier versehen ist, hat eine Länge von 8 1/2 Meter und ist 5 1/2 Meter breit und 8 Meter hoch. Nach der Gartenseite befindet sich eine Veranda von 26 1/2 Meter Länge. Rechnet man hierzu das neue große Vestibül von 15 Meter Länge und 13 1/2 Meter Breite und das kleine Vestibül von 9 1/2 Meter Länge und 6 Meter Breite, so kann man das Bellevue-Theater mit Recht zu den größten und elegantesten Stabliements Stettins zählen.

— Ein Gebrauchsmuster ist eingetragen für U. Griep hierseits auf ein doppelwandiges Gefäß mit den Inhalt gegen Temperatureinflüsse schützenden Füllmaterial.

* Vor einiger Zeit verhandelt von der Anlagestelle bei der Wollschiffen Schneidemühle ein kleines Boot und bald darauf vernichte ein Schiffer aus Laasphe, welcher bei der Schneidemühle Holz löschte, zwei Bootsrudern. Daß hier ein Diebstahl vorliegt, erscheint kaum zweifelhaft.

* Bei einer Schlägerei auf der Silberwiese wurde gestern Abend gegen 11 Uhr der Arbeiter Franz Kolbe mit dem Messer erheblich verletzt, er trug Schnittwunden am Kopf und an der linken Hand davon und mußte er die Hilfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen. — Nach 11 Uhr Abends erschien gestern auf der Sanitätswache ein Badergehilfe, der von dem Gunde seines Meißers angefallen worden war, er wies Verwundungen am linken Bein und am Arm auf und wurde ihm ein Verband angelegt.

Loewe-Konzert.

Nachdem am Sonntag Abend bereits in der „Lage zu den 3 Zirkeln“ und gestern Vormittag in der Aula des Marienstiftungsvereins eine Loewe-Feier stattgefunden hatte, veranstaltete gestern Abend der hiesige Loewe-Verein unter Leitung des Herrn Prof. Dr. Lorenz im großen Saale des Konzerthauses zur Feier des 100jährigen Geburtstages Loewes ein Konzert, das außerst zahlreich besucht war und dessen Programm ausschließlich Kompositionen des vereinigten Loewe'schen Aufwies. Nach einem Orgelpräliminäum aus den „Festzeiten“ trug Herr Krüger ein schwungvolles Festgedicht von Paul Wendt vor, worauf der Stettiner Lehrer-Gesangsverein mit lobenswerther Präzision und guter Klangführung den herrlichen Chor „Salvum fac regem“ zu Gefolge brachte. Sowohl diese klangvolle Komposition als auch zwei später von dem städtischen Männerchor vorgetragene Oden des Horaz machten auf die Zuhörerhaft einen tiefen Eindruck. — Den größten Theil des reichhaltigen Programms nahmen die Einzelvorträge ein. Da in den Loewe'schen Balladen und Liedern dem Sänger zum Theil große Aufgaben gestellt sind, weit in der Wiedergabe derselben mit einem blendenden Pathos und einer bestechenden Sentimentalität allein nichts ausreicht wird, sondern vor allen Dingen eine charakteristische Gestaltung notwendig ist, so muß es um so dankbarer anerkannt werden, daß der Vorstand des Loewe-

Vereins es sich hatte angelegen sein lassen, für das gestrige Konzert in der Konzerthalle, in der Aula des Marienstiftungsvereins, von Eweh zwei Kräfte zu gewinnen, die als Vertreter der Loewe'schen Tonwelt besonders geeignet werden. Herr von Eweh leistete dem auch in der eckig künstlerischen Ausführung zweier Balladen und einiger Lieder Vortreffliches. Ueberall mußte er mit seiner sympathischen Baritonstimme die Eigenart der Loewischen Lieder ins rechte Licht zu stellen, indem sich der ihm gependete Beifall von Vortrag zu Vortrag steigerte und er das niedliche Liedchen „Hinfende Jamben“ wiederholen mußte. Auch Fräulein Blüddemann verstand es, das Interesse des Auditoriums in hohem Maße für sich in Anspruch zu nehmen. Wenngleich wir den „Mäd“ schon besser gehört haben, so wiesen doch ihre Lieberlippen jodelndes Felsend auf, daß wir uns den reichen Beifallsbezeugungen, welche ihre sehr anerkennenswerthen Leistungen veranlaßten, gern anschließen. Daß sich Herr Professor Dr. Lorenz in der Begleitung der Einzelstücke wieder auf der ihm eigenen souveränen Höhe zeigte, bedarf wohl kaum noch besonderer Erwähnung.

Von schöner Wirkung waren ein Solo und Chor aus dem Oratorium „Johann Huz“, worin Fräulein Blüddemann als Solistin mit ihrer herrlichen Sopranstimme alles entzündete, während Mitglieder des Stettiner Musikvereins den „Chor der Huzen“ in tadelloser Weise ausführten. In ebenso musterwürdiger Weise wurde die Kantate für Solo und Chor „Die Hochzeit der Thetis“ wiedergegeben, in der Fräulein Alexander als zweite Solistin auftrat und sich mit ihren klangvollen Stimmteilen wieder viele Sympathien erwarb. Die Begleitung in letztgenannten beiden Tonwerken führte Herr Lust begiege aus.

Aus den Provinzen.

* **Anklam, 30. November.** Se. Majestät der Kaiser hat die Schützenkönigwürde der hiesigen Schützenkompanie, welche Herr Bürgermeister Löwe für Se. Majestät F. J. errang, gnädig angenommen und der Kompanie zur Erinnerung eine silberne Medaille verliehen. Dieselbe hat die ungefähre Größe eines Fünftelmarkstückes und zeigt auf der Aversseite das Brustbild des Kaisers mit der Umschrift: Wilhelm D. K., König von Preussen. Die Reversseite trägt in der Mitte den preussischen Adler mit der Umschrift: Saum ewig, umgeben von verschiedenen Wappen.

* **Schivelbein, 30. November.** Ueber das Vermögen des Unterpächters Georg Guth zu Schönbühl ist das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Schönbühl hierseits ist zum Verwalter der Masse ernannt worden. Anmeldefrist: 26. Januar.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin, 1. Dezember.** Die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilt in der heutigen Sitzung den verantwortlichen Redakteur des Stettiner „Volksboten“, Emil Penning, wegen öffentlicher Beleidigung des Rectors Bachmann zu einer Geldstrafe von 100 Mark oder 20 Tagen Gefängnis. Dem Beleidigten wurde außerdem die Publikationsbefugnis zugesprochen. In der Nummer 125 des „Volksboten“ vom 1. Juni d. J. war eine Notiz erschienen, worin dem Rector W. Ueberbreitung des ihm als Lehrer zustehenden Zuchtungsrechtes vorgeworfen wurde. Veranlaßt war die Notiz durch die Thatsache, daß ein Mädchen der vom Rector W. geleiteten Gemeindeschule an der Stettinerstraße im Mai plötzlich verstorben war, nachdem das Kind an demselben Tage in der Schule geprügelt worden. Es war verständlich genug andeutend, daß durch die vom Rector vorgenommene Zuchtungsmaßnahme der Tod des Kindes veranlaßt worden sei. Der Angeklagte behauptete heute, die Angaben der Notiz entsprächen durchaus der Wahrheit und außerdem habe er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Das Gericht erachtete den angeführten Wahheitsbeweis für misslungen, da die Verhandlung nicht dargethan, daß Rector W. sich eine Ueberbreitung des Zuchtungsrechtes habe zu Schulden kommen lassen. Der Schuldsatz § 193 des Strafgesetzbuches könne dem Angeklagten nicht zu Theil werden, denn er habe weder eigene Interessen wahrgenommen, noch sei er zur Wahrnehmung solcher von dritten Personen beauftragt gewesen.

Berlin, 30. November. Wegen unrechtmäßigen Erwerbs der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst ist gegen den Sohn eines hiesigen bekannten Gastwirths und Inhabers eines Tanzsaales Herrn K. die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der Sohn, welcher sein Militärdienst als Einjähriger bereits abgedient hat, ist nach dem „L.-M.“ verhaftet und befindet sich im Untersuchungs-Gefängnis in Moabit.

— Die Premierleutenants Trautvetter und v. Horn vom 141. Infanterieregiment sind vom Kriegsgericht der 35. Division in Brandenburg im Abwesenheitsverfahren für fahnenflüchtig erklärt und zu je 1000 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Das Urtheil ist bereits bestätigt worden.

— Durch Plakate an den Aufschlagkästen hatte der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei von Magdeburg eine öffentliche Versammlung zum dem 11. März 1896 einberufen. An dem Eingang zum Versammlungssaal fanden übereinander zwei Teller auf einem Tisch, neben dem der Arbeiter Rühr saß. Dieser ließ die auf den oberen Teller der Theilnehmern an der Versammlung gelegten Geldstücke in den unteren gleiten, während der Arbeiter die eingekommenen Geldbeträge an sich nahm, wahrscheinlich, um sie an den Vertrauensmann abzugeben. Die Geldbeträge trugen den Charakter der Freiwilligkeit an sich, die Entrichtung eines Geldbetrages bildete nicht die Voraussetzung für die Zulassung zur Versammlung. Es erließ darauf das Polizeipräsidium auf Grund der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten vom 22. Mai 1890 eine Strafverfügung gegen Rühr und Rühr. Im § 1 dieser Verordnung ist bestimmt: Wer öffentliche Kollekten, zu denen die geforderte Genehmigung (Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1895, § 11 a) nicht erteilt ist, veranstaltet, verurtheilt oder anführt, wird mit einer Geldstrafe von 3 bis 60 Mark bestraft. Nachdem die vom Strafbefehl Betroffenen auf richterliches Gehör angetragen hatten, wurden sie in der Berufungsinstanz von der 7. Strafkammer des Landgerichts am 25. Juli 1896 freigesprochen. Gegen dieses Urtheil wendete sich die Staatsanwaltschaft mit der Revision. Die Oberstaatsanwaltschaft beantragte in der Sitzung des Strafsenats des Kammergerichts vom 30. November 1896 die Zurückweisung des Rechtsmittels. Es vertrat die Auffassung, daß in einer auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850

erlassenen Polizeiverordnung jedes öffentliche Kollekt in einer Versammlung ohne behördliche Genehmigung unter Strafe gestellt werden könne, pflichtete aber dem Vorbericht dahin bei, daß jene Polizeiverordnung wegen ihrer Bezugnahme auf den § 11 a) der Instruktion für die Oberpräsidenten, wonach diesen die Genehmigung zur Ausübung öffentlicher Kollekten — mit Ausnahme der Kirchenkollekten — in den einzelnen Regierungsbezirken oder in den Provinzen überlassen ist, nicht auf einen Fall der vorliegenden Art Anwendung finden könne. Der Senat hob jedoch das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zu Magdeburg zurück. Er sprach aus, daß der Ausdruck „Ausübung einer öffentlichen Kollekt“ die Abhaltung sämtlicher öffentlichen, von der Genehmigung des Oberpräsidenten abhängiger, zu machenden Kollekten umfasse. Es erscheine daher nicht angängig, die gedachte Polizeiverordnung nicht auf eine Kollektammlung in einer Versammlung anzuwenden.

Reichenberg i. B., 30. November. Im Mai d. J. fanden aus Anlaß eines Arbeiterausstandes in Dörfel Kundgebungen statt, die zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Arbeitern führten. In Folge dieses Zusammenstoßes wurde gegen 45 Personen Anklage wegen Vergehens des Aufstands erhoben. Das hiesige Kreisgericht verurtheilt heute 36 der Angeklagten und zwar zwei zu Kerkerstrafen von 12 bzw. 6 Monaten, die übrigen zu Arreststrafen von 5 bis 14 Tagen. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 30. November. Ein Kurier zur Ausübung von solchen Beamten, die sich um Anstellung als Gefängnis-Direktoren beworben haben, findet zur Zeit im kleinen Schwurgerichtssaal im Kriminalgerichtsgebäude statt. Es sind gegen 30 Herren aus allen preussischen Provinzen versammelt, welchen von zwei Geheimen Regierungsräthen aus dem Justizministerium Vorträge über das Gefängniswesen gehalten werden. Die Herren besuchen gruppenweise die verschiedenen Gefängnis-Anstalten, um den praktischen Betrieb und die Einrichtungen kennen zu lernen.

— Eine interessante Mittheilung darüber, wie eigentlich der Verbauch auf einzelne Theilnehmer am Haberdrehtreiben geleitet wurde, geht der „Frankf. Ztg.“ aus München zu. Danach waren die noch unbekannten Teilnehmer seiner Zeit exkommuniziert worden. Als nun verschiedene Haberer zur Herbeiführung kamen und berichteten, wurden sie nicht absolviert und konnten in Folge dessen nicht zur Kommunion gehen. Daß sie nicht kommunitiert hatten, wurde bekannt und herumgesprochen und das brachte dann Personen, die dem Haberdrehtreiben nachgingen, auf den Verbauch, man habe es hier mit Habereis zu thun. Es werden auch noch andere Dinge erzählt, die unter dem Druck der Verweigerung der Absolution vorkamen. Es spielen dabei namentlich die über die Verweigerung der Absolution untröstlichen Gefährten der Nichtabsolution eine Rolle.

— Die Sarah Bernhardt sich jung und schön erhält, erfahren wir aus einem Bericht, den ein amerikanischer Journalist über eine Unterhaltung mit der Künstlerin veröffentlichte. Die Künstlerin erklärte ihm ganz umständlich die Geheimnisse der Kunst, die sie anwendet, um den Schein von Jugend und Schönheit zu erhalten. Der Glanz ihrer Augen bezaubert beispielsweise noch heute. „Aber glauben Sie nicht, daß meine Augen glänzen“, sagte sie dem Interviewer. „Sie scheinen wohl zu glänzen, wenn ich auf der Bühne bin, weil ich in einem gewissen Ton einige Vinten um sie ziehe. Und noch aus einer anderen Ursache. Ich achte darauf, daß sie nicht überglänzt werden. Ich habe niemals im Leben ein Gesicht oder in seiner Nähe ein Juwel getragen, niemals Brillanten in den Ohren, am Halse, in der Hand, niemals Kolliers, Nadeln und Diademe. Nicht für tausend Franken würde ich sie einmal anlegen — weil sie heller leuchten als meine Augen. Sie sagen, mein Nadeln sei bezaubernd? Sie haben ihn nie gesehen. Meine Kleider sind derart ausgeschnitten, daß es Ihnen so erscheint — aber bios rückwärts. Wenn ich mich umwende, bin ich wirklich bezaubernd, ich zeige ein Stück meines Rückens, das so ist — aber es ist das einzige Interessante. Vorne brauche ich den Gewanderschmuck für meinen Körper. Meine Stärke liegt in meiner Höhe. Haben Sie mich je in einem kurzen Straßenkleid gesehen? Nein. Ich trage immer zu lange Kleider, am liebsten mit Schleiern; ich sehe so größer aus. Zur Schönheit meines Kopfes trägt das Haar viel bei. Es ist reich und roth. Andere rothhaarige Frauen können ihr Haar aus ihren beiden Seiten zurück und sehen aus wie die Vogel-scheiden. Ich kämme das meine vor bis in die Augen, verhehle mit ihnen Stirn, Schläfen, das halbe Gesicht — und es ist entzückend. Meine Schönheit danke ich meinem persönlichen Geheimnis.“ Na, na!

— L.-Lung-Erhung hat zwei chinesische Christinnen als Vertreterinnen Chinas nach den Frauenkongress in London im Jahre 1898 ernannt. Dies bedeutet eine große Erneuerung seitens der chinesischen Regierung, welche seit unendlichen Zeiten die Frauen in Abgeschlossenheit gehalten hat. Die Delegatinnen sind Margarete Whang und Dr. Qu-King-Eng. Beide sind Jünger der amerikanischen Methodistenkirche.

Oldenburg, 30. November. Im großherzoglichen Schloß brach heute Abend gegen 7 Uhr Feuer aus, und zwar im Mittelbau oberhalb der Gemälder des Erbgroßherzogs. Nach einständigen Bemühungen wurde das Feuer Herr, die Feuerwehr brauchte nur wenig in Thätigkeit zu treten.

Wien, 30. November. Nach einer Depesche aus Vignabona auf Korfu wurde daselbst der auf der Insel zur Festung eines Lungeneidens beauftragte österreichische Offizier Prinz Ernst Windischgrätz und dessen Begleiter, der Major Dr. Maade, von Briganten total ausgeplündert.

Best, 30. November. Bei Unvorsichtigkeit explodirte die Lokomotive eines Güterzuges. Der Maschinist, der Fahrer und ein Ingenieur wurden dabei getödtet. Der Bahnkörper ist arg zerstört.

Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Dezember. (Mittlicher Bericht.) Wetter: Veränderliche Bewölkung. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 764 Millimeter. Wind: Nordwest.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loco 163,00—169,00, Termine ohne Handel.

Roggen matt, per 1000 Kilogramm loco 123,00—127,00, Termine ohne Handel.

Gerste per 1000 Kilogramm loco vommerische 128,00—132,00, feine Vrangete 140,00 bis 160,00.

Safer per 1000 Kilogramm loco vommerischer 128,00 bis 133,00.

Spiritus fester, per 100 Liter à 100 Prozent loco 70er 36,5 C., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 169,00, Roggen 127,00, 70er Spiritus —.

Nichtamtlich.

Petroleum loco —, verzollt, Kaffe 1/2, Brozont.

Hüßel loco 56,25 B., per Dezember 57,25 B., per April-Mai 57,25 B.

Termin: Fest.

Berlin, 1. Dezember (Mittlicher Bericht.) Weizen per Dezember 178,25 bis 180,00, per Mai 1897 175,75 (nichtamtlich).

Roggen per Dezember 30,00 bis 113,00, per Mai 1897 131,00 (nichtamtlich, Notirung).

Hüßel per Dezember 58,20, per Mai 57,70.

Spiritus loco 70er 37,70, per Dezember 70er 42,30, per Mai 70er 43,30.

Safer per Dezember 129,00.

Mais per Dezember 96,75.

Petroleum loco 21,00.

London, 1. Dezember. Wetter: Fehlt.

Berlin, 1. Dezember. Schlußkourse.

Preuss. Konsols 4%	103,90	Vereinsbank f. d. Reichsbank	215,90
do. do. 3 1/2%	103,90	Bank für Sozialwesen	202,90
do. do. 3%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90
Deutsche Reichsbank 3%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90
Deutsche Reichsbank 3 1/2%	103,90	Bank für Sozialwesen	202,90
do. do. 3%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90
do. Reichsbank 3 1/2%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90
do. Reichsbank 3%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90
do. Reichsbank 3 1/2%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90
do. Reichsbank 3%	98,20	Bank für Sozialwesen	202,90

Ultimo-Kourse:

Disconto-Kommandit	206,00	Disconto-Kommandit	206,00
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90
Bank für Sozialwesen	202,90	Bank für Sozialwesen	202,90

Paris, 30. November, Nachm. (Schlußkourse.) Fest.

3% amortis. Rente	101,02 1/2	101,00
3% Rente	102,75	102,65
Staatsschuld 5% Rente	92,47 1/2	91,90
4% ungar. Goldrente	—	—
4% Russen d. 1889	103,10	—
4% Russen d. 1891	93,10	93,20
4% ungar. Goldrente	—	—
4% Spanier äußere Anleihe	58,50	58,25
4% Portugiesen	20,07 1/2	20,07 1/2
4% türk. Br.-Obligationen	98,50	99,50
4% türk. Br.-Obligationen	421,00	420,00
4% türk. Br.-Obligationen	744,00	752,00
4% türk. Br.-Obligationen	218,00	220,00
4% türk. Br.-Obligationen	529,00	528,00
4% türk. Br.-Obligationen	801,00	793,00
4% türk. Br.-Obligationen	730,00	730,00
4% türk. Br.-Obligationen	681,00	680,00
4% türk. Br.-Obligationen	80,00	84,00
4% türk. Br.-Obligationen	632,00	628,00
4% türk. Br.-Obligationen	626,50	620,50
4% türk. Br.-Obligationen	3358,00	3362,00
4% türk. Br.-Obligationen	764,00	761,00
4% türk. Br.-Obligationen	—	3630,00
4% türk. Br.-Obligationen	320,00	319,00
4% türk. Br.-Obligationen	122,37	122,37
4% türk. Br.-Obligationen	25,22	25,21 1/2
4% türk. Br.-Obligationen	25,24	25,23 1/2
4% türk. Br.-Obligationen	206,56	206,52
4% türk. Br.-Obligationen	208,25	208,25
4% türk. Br.-Obligationen	398,00	398,00
4% türk. Br.-Obligationen	4,75	4,75
4% türk. Br.-Obligationen	205,00	207,00
4% türk. Br.-Obligationen	88,80	89,25
4% türk. Br.-Obligationen	103,00	102,75
4% türk. Br.-Obligationen	21,50	21,31
4% türk. Br.-Obligationen	473,00	474,00
4% türk. Br.-Obligationen	66,90	—
4% türk. Br.-Obligationen	105,50	106,00
4% türk. Br.-Obligationen	100,00	101,15
4% türk. Br.-Obligationen	92,10	92,15
4% türk. Br.-Obligationen	—	—

Hamburg, 30. November, Nachm. 3 Uhr.

Raffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Dezember 47,25, per März 47,75, per Mai 49,00, per Juli 49,25. Dehaupet.

Hamburg, 30. November, Nachm. 3 Uhr.

Ruder. (Schlußbericht.) Milben-Roggen 1. Produkt Baffs 88%, Neudement neue Ulfane frei an Bord Hamburg per November 9,12 1/2, per Dezember 9,15, per Januar 9,27 1/2, per März 9,50, per Mai 9,70, per Juli 9,87 1/2. Ruhig.

Bremen, 30. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.)

Mat. Loko 6,10 B. Russisches Petroleum. Loko — B.

Amsterdam, 30. November. Banca

Amsterdam, 30. November. Javaraffee good ordinary 51,00.

Amsterdam, 30. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine etwas niedriger, per November —, per März 197,00, per Mai —, Roggen loco ruhig, do. auf Termine etwas niedriger, per März 114,00, per Mai 116,00.

Hüßel loco 31,25, per Dezember 30,00 nom., per Mai 29,00.

Antwerpen, 30. November. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen ruhig. Safer ruhig.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Antwerpen, 30. November, Nachm. 2 Uhr.

Sabre, 30. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Weinmann, Biegler & Co.) Kaffe Good average Santos per November 58,50, per Dezember 59,00, per März 59,50. Raum behauptet.

London, 30. November. 96prozent. Javaraffee 11,87, ruhig. Milben-Roggen loco 9 1/2, ruhig. Centrifugal-Kuba —.

London, 30. November. An der Küste — Weizenland angeboten.

London, 30. November. Chili-Kupfer 49,12, per drei Monate 49,75.

London, 30. November, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Markt ruhig, Mehl 1/2 Sh. höher als vorige Woche, Stadtmehl 28—32 Sh., Donau-Mais flauer, Hafer munter flauer. Schwimmender Weizen fest.

London, 30. November. Spanisches Vieh 11 Ltr. 15 Sh. — d.

Glazgow, 30. November. Die Verschiffungen von Rossen betragen in der vorigen Woche 5367 Tons gegen 2398 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glazgow, 30. November. Die Vorräthe von Rossen in den Stores belaufen sich auf 363 299 Tons gegen 328 853 Tons im vorigen Jahre.

Glazgow, 30. November. Die Vorräthe von Rossen in den Stores belaufen sich auf 363 299 Tons gegen 328 853 Tons im vorigen Jahre.

Glazgow, 30. November. Die Vorräthe von Rossen in den Stores belaufen sich auf 363 299 Tons gegen 328 853 Tons im vorigen Jahre.

Glazgow, 30. November. Die Vorräthe von Rossen in den Stores belaufen sich auf 363 299 Tons gegen 328 853 Tons im vorigen Jahre.

Glazgow, 30. November. Die Vorräthe von Rossen in den Stores belaufen sich auf 363 299 Tons gegen 328 853 Tons im vorigen Jahre.